



Ein schwieriges Thema

Es ist eine traurige Geschichte. Als Folge der Anschläge vom 11. September 2001 auf die USA, bei denen beide Türme des World Trade Centers in New York zerstört und das Pentagon in Washington, D.C. beschädigt wurde, marschierte die sich bis ins Mark getroffene freie Welt in Afghanistan ein. Ziel war es, nicht nur den Initiator der Anschläge, den Chef der Terrororganisation „al-Qaida“, **Osama bin Laden**, zu fassen, sondern auch gleich die Taliban aus dem Land zu vertreiben. Nun, bin Laden wurde im Mai 2011 in Pakistan aufgespürt und von US-Soldaten gleich vor Ort hingerichtet. Nicht erfolgreich war das zwanzigjährige Bemühen von 36 NATO-Mitgliedsstaaten und Partnerländern, die Taliban nachhaltig zu vertreiben.

Die USA lösten einen Tag nach den Anschlägen, am 12. September 2001 den so genannten Bündnisfall aus, unabhängig davon, ob sie ihr Zwei-Prozent-Ziel erreicht hatten. Alle folgten dem Ruf der USA nach Afghanistan. Heute weiß man nicht mehr genau, ob nur Rache genommen oder das Land und die Menschen von den Taliban befreit werden sollten. Zwanzig Jahre, mit vielen Hochs und Tiefs, konnten die Menschen Hoffnung auf ein Leben in einem demokratischen Staat hegen, was vor allem für die Frauen von großer Bedeutung war.

So wie die Sowjetunion nach zehn Jahren Krieg 1989 das Land ohne Sieg verlassen hatte, wiederholte sich die Geschichte 2021, als alle westlichen Truppen aus Afghanistan abmarschierten und die Bevölkerung sich selbst und wieder den Taliban überließen. **Es war kein Abzug, es war eine chaotische Flucht, eine Schande für den Westen, der sich moralisch allen anderen Staaten überlegen fühlt.** Auch für die Bundeswehr war der Einsatz am Hindukusch, wo laut Verteidigungsminister **Peter Struck** unsere Sicherheit verteidigt wurde, der verlustreichste und teuerste Einsatz in ihrer Geschichte. Ersparen wir uns einen Blick auf die Mengenlehre der immensen Kosten und auf die vielen Toten auf allen Seiten.

Nun könnte man ein Häkchen an dieses traurige Kapitel setzen. In einer Demokratie ist es aber angebracht, Vorgänge dieser Art aufzuarbeiten. Und so hat der Deutsche Bundestag im Juli 2022 einen Ausschuss eingesetzt, der sich mit „den Geschehnissen im Zusammenhang mit dem Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und der Evakuierung des deutschen Personals, der Ortskräfte und anderer betroffener Personen“ befassen soll.

Am 22. Februar 2024 kommt der Ausschuss unter Leitung des SPD-Bundestagsabgeordneten **Ralf Stegner** zu einer weiteren öffentlichen Sitzung zusammen.

Neben dem Untersuchungsausschuss hat der Bundestag im Sommer 2022 auch eine Enquete-Kommission eingesetzt, „die Lehren aus dem deutschen Engagement in Afghanistan für die künftige Außen- und Sicherheitspolitik ziehen soll.“



Michael Müller (SPD), Bundestagspräsidentin Bärbel Bas und Peter Beyer (CDU/CSU) (v.l.n.r.). Foto: (DBT/Thomas Imo/photothek)

Die Enquete-Kommission leitet **Michael Müller**, der sich aus seiner Zeit als Regierender Bürgermeister von Berlin, bestens mit schwierigen Fällen auskennt. Bundestagspräsidentin **Bärbel Bas** hat heute Vormittag den Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands“ entgegengenommen.

„Man sei es allen Einsatzkräften schuldig, Schlüsse aus diesem fast zwanzigjährigen Engagement zu ziehen“, sagte die Präsidentin. „Wenn das Parlament Soldatinnen und Soldaten in einen Einsatz schickt, wollen sie stets wissen: Was ist die Zielrichtung, wie lautet der Auftrag, sind wir gut ausgestattet?“

Bas erhoffe sich „dazu Aussagen von dem Bericht, aber auch Erkenntnisse, die sich bereits jetzt für laufende und kommende Einsätze nutzen ließen.“, heißt es in einer Pressemitteilung des Bundestages. „Der jetzt vorgelegte Zwischenbericht enthalte gute Erkenntnisse und Grundlagen für den Abschlussbericht, blickte Müller auf die zweite Arbeitsphase des Gremiums voraus. Beyer erinnerte daran, dass der Bundestag damit zum ersten Mal ein außen- und sicherheitspolitisches Thema im Rahmen einer Enquete-Kommission behandelt.“

„Bas wünschte dem 338 Seiten starken Zwischenbericht viele Leserinnen und Leser, um bereits jetzt



Auslandseinsätze zu verbessern. Die Erfahrungen aus der Afghanistanmission zwischen 2001 und 2021, versehen mit Handlungsempfehlungen, für zukünftige Einsätze nutzbar zu machen, ist Arbeitsauftrag der Enquete-Kommission. Im Sommer 2022 wurde sie vom Bundestag auf Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP eingesetzt.

Bis zum Ende der Wahlperiode will die Kommission in einer zweiten Phase konkrete Handlungsempfehlungen für das zukünftige Engagement Deutschlands in internationalen Krisenregionen erarbeiten und in einem Abschlussbericht vorlegen."

Um dem Wunsch der Bundestagspräsidentin nachzukommen, dass möglichst viele den Bericht lesen, hier der Link:

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/104/2010400.pdf>

Bleibt zu hoffen, dass sich die Bundesrepublik Deutschland, angesichts der immer mehr werdenden Krisen in der Welt, besonnen zu jedem künftigen Auslandseinsatz verhält.

Ed Koch